Aufgrund der aktuellen Entwicklung des COVID-19-Infektionsgeschehens und der bundesweit eingeleiteten weiteren Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, soll der Rat von dem kommunalverfassungsrechtlich eingerichteten Delegationsrecht an den Hauptausschuss Gebrauch machen.

Die Voraussetzung hierfür hat der Landtag Nordrhein-Westfalen in seiner Sitzung am 27. November 2020, durch die Feststellung einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite geschaffen. Diese Feststellung gilt für zwei Monate nach Bekanntmachung, mithin bis zum 31. Januar 2021.

Aufgrund dieser Feststellung kann der Rat gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 und 2 GO NRW mit zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließen, dass der Hauptausschuss in Angelegenheiten entscheidet, die üblicherweise der Beschlussfassung des Rates unterliegen.

Dies gilt allein für die Delegation von Angelegenheiten des Rates auf den Hauptausschuss, nicht hingegen für die Übertragung von Zuständigkeiten anderer Ausschüsse auf diesen.

Unabhängig davon kann der Hauptausschuss auch von dem Rückholrecht des Rates gemäß § 41 Absatz 2 GO NRW in Verbindung mit § 11 Absatz 3 Hauptsatzung der Stadt Rheinbach Gebrauch machen.

Dies betrifft nicht die Angelegenheiten, in denen Ausschüssen Aufgaben durch Gesetz zugewiesen sind, (insbesondere Rechnungsprüfungsausschuss, Betriebsausschuss und Jugendhilfeausschuss).

Der Bürgermeister hat Stimmrecht (vgl. § 41 Absatz 2 Satz 5 GO NRW).

Rheinbach, 14. Dezember 2020

gezeichnet
Ludger Banken
Bürgermeister

gezeichnet
Daniela Hoffmann
Fachbereichsleiterin